

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschuss für Stadtentwickluniges

am Dienstag, dem 10.01.2006

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.11.2005
- 3 05 - 14 0371/2005 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 11/1 - Spillingscher Weg/Gewerbegebiet Ost -;
hier: 1) Aufstellungsbeschluss
2) Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und zur Beteiligung der Behörden
- 4 05 - 14 0368/2005 58. Änderung des Flächennutzungsplanes - Wohnbaufläche westlich der Zevenaarer Straße
hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage
2) Feststellungsbeschluss
- 5 05 - 14 0369/2005 56. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein betreffend Umwandlung eines Sondergebietes „Hotel“ an der Graf-Wichmann-Allee in Wohnbaufläche und
2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Südost);
hier: 1) Bericht über die durchgeführte 2. Offenlage
2) Feststellungsbeschluss zur 56. FNP-Änderung
3) Städtebaulicher Vertrag zur 2. Änderung des Bebauungsplanes EL K/3
4) Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes EL K/3
- 6 05 - 14 0365/2005 Straßenbenennung im Baugebiet Nr. E 7/5 - Hubert-Fink-Straße -
- 7 05 - 14 0370/2005 Benennung von zwei Planstraßen im Baugebiet „Haagsches Feld“, Ortsteil Elten
- 8 Mitteilungen und Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Lang, Hermann
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Beckschaefer, Christian (für Mitglied Spiertz)
Bluhm, Lothar
Bongers, Karl-Heinz (für Mitglied Jessner)
Bongers, Sandra
Brink ten, Johannes
Brockmann, Manfred
Byloos, Christoph
Fallaschinski, Peter
Faulseit, Michael
Gorgs, Hans-Jürgen
Hinze, Peter
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Janssen, Hans-Willi
Kremer, Helmut
Reintjes, Kurt
Sickelmann, Ute
Sloot, Birgit
Tepaß, Udo
Wardthuysen, Günter

Nicht anwesende
Ausschussmitglieder: Jessner, Udo
Spiertz, Andre

Ratsmitglied mit beratender
Stimme gem. § 58 Abs. 1
S. 9 GO NW: Kukulies, Christoph

Von der Verwaltung: Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Kemkes
Frau Hoffmann als Schriftführerin

Vorsitzender Lang eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden keine Anfragen seitens des anwesenden Bürgers gestellt.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 22.11.2005

Mitglied Beckschaefer teilte der Schriftführerin in einem Telefonat am 12.12.2005 mit, dass auf Seite 6 im 4. Abschnitt heißen muss: "Mitglied Beckschaefer, dass es ca. 20 Parkplätze geben soll. **Die hierfür geplante Verkehrsführung wird abgelehnt**"

Ansonsten wird gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

Vorsitzender Lang teilt mit, dass er sowohl an der Beratung als auch der Abstimmung des Tagesordnungspunktes 3 nicht teilnimmt. Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Mitglied Tapaß.

3 05 - 14 0371/2005 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 11/1 - Spillingscher Weg/Gewerbegebiet Ost - ; hier: 1) Aufstellungsbeschluss 2) Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und zur Beteiligung der Behörden

Herr Kemkes erläutert, dass man dieses Verfahren nunmehr auf die Wege bringt, um einen möglichen Standort für das Hauptzollamt realisieren zu können. Hinsichtlich der Durchführung des Verfahrens hat man sich für die einfache Bürgerbeteiligung entschieden, allerdings mit dem Gesichtspunkt, dass die von der Änderung betroffenen Betriebe persönlich angeschrieben werden. Im Rahmen des Verfahrens wird sich klären müssen, ob sich durch die beabsichtigte Änderung in ein Gewerbegebiet für die umliegenden Betriebe mögliche Einschränkungen ergeben können. In ersten Vorüberlegungen wurde festgestellt, dass die Betriebe, die jetzt dort ansässig sind, auch in einem Gewerbegebiet zulässig wären. Ein klassischer Industriebetrieb ist dort nicht angesiedelt und auch nicht möglich, da der rechtskräftige Bebauungsplan bereits Beschränkungen festsetzt. Im Bereich der Straße „Am Camp“ sind einige Wohnhäuser und man hat dahin gehend reagiert, dass im Industriegebiet entsprechende Gliederungszonen eingerichtet wurden, die die Zulässigkeit von Betrieben mit Rücksicht auf die Wohnbebauung eingeschränkt haben.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass sie dieser Vorlage zustimmt. Dennoch würde sie es sich wünschen, dass beim vereinfachten Verfahren, wo Bürger lediglich durch das Amtsblatt informiert werden, auch die gleiche Gerechtigkeit wie in diesem Fall zu Teil würde (persönliche Einladung). Hierauf merkt Herr Kemkes an, dass auch bei Anwendung des vereinfachten Verfahrens die direkt betroffenen Bürger durch ein persönliches Anschreiben informiert werden.

Auch Mitglied Bongers teilt für seine Fraktion mit, dass man der Vorlage zustimmt. Ein anderer Standort wäre für die Bundesfinanzverwaltung sicherlich besser gewesen, aber dennoch ist man erfreut darüber, dass es verwaltungsseitig ermöglicht wird, dass der Zoll in Emmerich ansässig bleiben kann.

Für die BürgerGemeinschaft teilt Mitglied Beckschaefer mit, dass auch sie sich der Vorlage anschließt. Auf seine Anfrage hin antwortet Herr Kemkes, dass sowohl der gesamte Bebauungsplanbereich als auch die gegenüberliegende Straßenseite der Weseler Straße erfasst wird; dann gehört selbstverständlich der Betrieb „Katjes“ dazu. Mitglied Beckschaefer fragt weiter, dass das, was derzeit in dem Bereich durchgeführt wird, von der Bebauungsplanänderung nicht betroffen wird.

Er fragt an, wenn die Bebauungsplanänderung erfolgt ist, ob den Produktionsbetrieben in unmittelbarer Nähe (wie z. B. von Gimborn, Katjes u. a.) evtl. geplante Erweiterungsabsichten versagt werden könnten. Nunmehr spricht er die Kreuzung Weseler Straße/Dechant-Sprüngen-Straße/Marie-Curie-Straße an. Bereits heute ist es zu den Spitzenzeiten für Linksabbieger sehr schwierig. In der Planung wird der Mehrverkehr durch LKW angeführt, die evtl. zu einem Kreisverkehr oder Ampelregelung führen müsste. Herr Kemkes erklärt, dass diese angesprochenen Punkte im Rahmen des Bauleitplanverfahrens geklärt werden. Es wird geprüft, ob über die bereits bestehenden Beschränkungen hinaus den jetzt ansässigen Betrieben durch die Änderung weitergehende Schwierigkeiten entstehen können. Auch die Frage hinsichtlich der Verkehrsbelastung wird im Rahmen des Verfahrens geklärt werden müssen.

Mitglied ten Brink teilt für seine Fraktion mit, dass auch sie sich der Vorlage anschließt. Der LKW-Verkehr am Parkring wird hierdurch wesentlich entzerrt; zukünftig hat man nur noch den Zulieferverkehr der Geschäfte. Positiv ist auf jeden Fall, dass man das Hauptzollamt in Emmerich behält und dadurch viele Arbeitsplätze sicherstellt.

Mitglied Jansen stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den Bebauungsplan Nr. E 11/1 - Spillingscher Weg/Gewerbegebiet Ost - im Stadtteil Emmerich für einen Bereich östlich der Weseler Straße (K 16) und westlich der Albert-Einstein-Straße (Flurstück 268, Flur 11, Gemarkung Emmerich) von der Festsetzung eines eingeschränkten Industriegebietes (GI) in ein Gewerbegebiet (GE) zu ändern, so dass die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes inklusive der Nutzung einer bestehenden Halle für Dienstfahrzeuge ermöglicht wird.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Änderungs-Vorentwurfs, eine Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB entsprechend Punkt 3.1 (einfache Bürgerbeteiligung) der städtischen Richtlinien zur Bürgerbeteiligung durchzuführen sowie die Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 05 - 14 0368/2005 58. Änderung des Flächennutzungsplanes - Wohnbaufläche westlich der Zevenaarer Straße hier: 1) Bericht zur durchgeführten Offenlage 2) Feststellungsbeschluss

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass die Anregungen der DB Service nicht als abgewogen angesehen werden. Das Wohnbaugelände ist nicht das Ergebnis einer sinnvollen abgewogenen städtebaulichen Zielkonzeption, sondern nur ein Tauschgeschäft und ein Gefälligkeitsbaugelände. Man würde sich vielmehr wünschen, dass der Rat zukünftige Käufer vor solchen Baugeländen schützt. Es wird eine ähnliche Entwicklung wie am Dr.-Robbers-Park befürchtet; d. h. es werden Grundstücke verkauft und Jahre später, wenn die Betuwe-Erweiterung/Verlagerung kommt, Beschwerden und Einwendungen vorgetragen werden. Die wesentlichen Kritikpunkte bei diesem Baugelände liegen in den Immissionen der Putenfarm, des Sportplatzes und der Betuwe. Diese Planung ist nicht menschenfreundlich.

Herr Kemkes führt aus, dass auf Seite 4 der Vorlage die Stellungnahme der Verwaltung noch um einen Punkt e) ergänzt wird, wo man auf den Punkt 8 (= Umweltbericht) der Begründung zur Flächennutzungsplanänderung verweisen wird. Der Text soll wie folgt lauten:

e) Ausführungen zum Thema "Schallschutz" finden sich in Punkt 8. der Begründung zur

58. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die im Bebauungsplan Nr. EL 20/2 - Haagsches Feld - vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigen bereits den Prognosefall einer höheren Streckenbelastung, so dass Ansprüche aufgrund erhöhter Immissionen nicht geltend gemacht werden können.

Mitglied Tapaß teilt für seine Fraktion mit, dass man bei dieser Vorlage keine Gefälligkeitsentscheidung getroffen hat. Bisherige Gespräche sahen vor, auf dieser Fläche einen Discounter anzusiedeln. Neue Baugebiete sind nötig, da im inneren Stadtkern nicht mehr viele Bauflächen vorhanden sind. Das Baugebiet ist sinnvoll und er stellt den entsprechenden Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Auch Mitglied Beckschaefer stimmt für seine Fraktion der Vorlage zu und schließt sich dem Antrag von Mitglied Tapaß an.

Vorsitzender Lang lässt über den gemeinsamen Antrag der Mitglieder Tapaß und Beckschaefer abstimmen.

Zu 1)

Zu 1a) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der DB Services Immobilien GmbH mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 1b) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der DB Services Immobilien GmbH mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 1c) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der DB Services Immobilien GmbH mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 1d) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Landesbetriebs Straßenbau NRW mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat hebt den Feststellungsbeschluss vom 13.09.2005 auf und beschließt den Entwurf zur 58. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 BauGB als 58. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein.

Der Flächennutzungsplan wird im Bereich nördlich des Sportplatzes Elten und östlich der Bahnlinie dahingehend geändert, dass

- die westlich der Zevenaarer Straße und nördlich des Sportplatzes gelegene GRÜNFLÄCHE mit der Zweckbestimmung „Sportplatz“ im Bereich der Flurstücke 246, 60 und 282, Flur 20, Gemarkung Elten in eine WOHNBAUFLÄCHE umgewandelt wird und
- die geplante Trasse der L 472 in dem gekennzeichneten Teilbereich entfällt und durch eine neue Trasse entsprechend dem Ratsbeschluss vom 30.03.2004 zum Bahnübergang-Beseitigungskonzept ersetzt wird.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 5 05 - 14 0369/2005 **56. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein betreffend Umwandlung eines Sondergebietes „Hotel“ an der Graf -Wichmann-Allee in Wohnbaufläche und**
2. Änderung des Bebauungsplanes Nr . EL K/3 -Luitgardisstraße - (Teilplan Südost);
hier: 1) Bericht über die durchgeführte 2. Offenlage
2) Feststellungsbeschluss zur 56. FNP-Änderung
3) Städtebaulicher Vertrag zur 2. Änderung des Bebauungsplanes EL K/3
4) Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes EL K/3

Mitglied Tepasß teilt für seine Fraktion mit, dass sie der Vorlage zustimmt. Jedoch sollte bis zur Ratssitzung am 31.01.2006 dem Hotelbetreiber die Möglichkeit gegeben werden, mit den Grundstückseigentümern Verhandlungen aufzunehmen, um zu einem evtl. Ergebnis zu kommen. Sollte eine Einigung erzielt werden, könnte man das Flächennutzungsplanänderungsverfahren aufhalten und wenn nicht, würde die Vorlage so auf den Weg gebracht werden.

Mitglied Beckschaefer möchte diesbezüglich eine Stellungnahme der Verwaltung hören. Das Grundstück ist nunmehr seit Jahren unbenutzt; es gibt zwei Interessenten, die das Grundstück einer genehmigungsfähigen Bebauung zuführen möchten. Der Hotelbetreiber würde die Fläche womöglich nur kaufen und dann doch ungenutzt liegenlassen; und das wäre sicherlich nicht im Interesse der Stadt.

Er teilt für seine Fraktion mit, dass auch sie der Vorlage zustimmt. Dennoch hat er eine Frage bezüglich eines angeführten Absatzes im Anwaltsbrief: „Die Ausführungen bezüglich eines eventuellen Schadensersatzanspruches im Hinblick auf die Frist und die Eigentümerstellung in der Stellungnahme der Verwaltung sollten ebenfalls überdacht werden, da unser Mandant Eigentümer eines Teiles der beplanten Fläche ist“

Diesbezüglich teilt der Erste Beigeordnete Dr. Wachs mit, dass ein solcher Hinweis bei einem guten Anwaltsbüro immer dazu gehört. Der Hoteleigentümer hat zwei Flächen, welche im Norden an die betreffende Planänderung angrenzen. Weitere Flächen hat er erworben, um dort selbst zu bauen. Diese bauliche Tätigkeit ist allerdings aufgrund der Landschaftsschutzgegebenheiten nicht möglich. Dies wird wahrscheinlich mit dem Absatz in dem Anwaltsschreiben gemeint sein. Die Planänderung wird davon nicht tangiert. Es werden keine Flächen verplant, die im Eigentum des Hotelbesitzers stehen.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass man der Vorlage zustimmt. Durch diese Planung entsteht eine Reduzierung der Bebauung an der Stelle. Die weiteren Planungen des Hotelbetreibers sollte man allerdings im Auge behalten.

Für die CDU-Fraktion teilt Mitglied ten Brink mit, dass auch sie der Vorlage zustimmt.

Mitglied Tepasß fragt an, falls es zu einer Einigung zwischen Grundstückseigentümern und Hotelbetreiber kommt, ob man bereit ist, das Verfahren aufzuhalten.

Vorsitzender Lang ist der Auffassung, dass man diesbezüglich das Ergebnis bis spätestens zum 31.01.2006 abwarten sollte; gibt es ein Ergebnis würde man dies womöglich im ASE bzw. HFA oder Rat vortragen. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte man der Verwaltungsvorlage folgen.

Nunmehr lässt Vorsitzender Lang über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Zu 1)

Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Waldhotelbetreibers betreffend Beibehaltung der bisherigen Sondergebietsdarstellung im Flächennutzungsplan sowie der Sondergebietsfestsetzung im Bebauungsplan Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Südost) mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit Abs. 4 BauGB in der vor dem 20.07.2004 gültigen Fassung als 56. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein.

Zu 3)

Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Südost).

Zu 4)

Der Rat beschließt den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Südost) mit Entwurfsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vor dem 20.07.2004 gültigen Fassung als Satzung.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

6 05 - 14 0365/2005 Straßenbenennung im Baugebiet Nr . E 7/5 - Hubert-Fink-Straße -

Mitglied Bongers und Tapaß stellen gemeinsam den Antrag nach Vorlage zu beschließen

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt für die Planstraße im Baugebiet E 7/5 - Hubert-Fink-Straße - den Straßennamen „Rudolf-W.-Stahr-Straße“.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

7 05 - 14 0370/2005 Benennung von zwei Planstraßen im Baugebiet "Haagsches Feld", Ortsteil Elten

Mitglied Sickelmann stellt fest, dass die Benennung nach Widerstandskämpfern anscheinend nicht gewollt wird. Es ist beschämend, wie lange dieser Antrag bereits vor sich hergeschoben wird. Da das Baugebiet für eine bestimmte Zielgruppe bestimmt ist, schlägt ihre Fraktion anstatt des Straßennamens „Prinz-Claus-Straße“ den Straßennamen „Maximastraße“ vor.

Mitglied Kukulies schlägt für die Planstraße A den Straßennamen „Bürgermeister-Weyer-Straße“ vor. In der Chronologie wäre es sinnvoll, diesen Straßennamen nach der Bürgermeister-Zeck-Straße zu vergeben. Zumal hat er Bedenken hinsichtlich der Schreibweise der „Landdrost-Blaauboer-Straße“. Hinzu kommt, dass Herr Weyer sich nicht nur die Verdienste Eltens sondern auch der Stadt Emmerich erworben hat

Mitglied Jansen teilt mit, dass 95 % der Eltener Bevölkerung Herrn Dr. Blaauboer kennen. Der Fußballplatz wurde von Herrn Dr. Blaauboer an die Eltener Bevölkerung als Geschenk überreicht, als sie unter niederländischer Verwaltung standen. Aufgrund dessen ist der Vorschlag des Geschichtsvereins und des Verschönerungsvereins Elten auch so begrüßt worden. Auch die Benennung „Prinz-Claus-Straße“ ist zu begrüßen, der für das deutsch-holländische Verständnis sehr viel beigetragen hat.

Mitglied Tepas führt aus, dass es bislang immer Brauch war den Vorschlägen des Geschichts- und Verschönerungsvereins zu folgen. Auch in diesem Fall wird seine Fraktion das so handhaben wollen.

Vorsitzender Lang macht deutlich, dass die Namenspaten eine solche Diskussion nicht verdient haben. Mitglied Beckschaefer schließt sich der Wortäußerung vom Vorsitzenden Lang und der Vorlage an.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt für die Planstraßen im Baugebiet „Haagsches Feld“ im Ortsteil Elten folgende Straßennamen:

Planstraße A: Landdrost-Blaauboer-Straße

Planstraße B: Prinz-Claus-Straße.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

8 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Pflastersteine Kaßstraße;
hier: Mitteilung von Herrn Kemkes

Herr Kemkes erläutert, dass nunmehr das Gutachten von einem von der Industrie- und Handelskammer Köln öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen vorliegt. Beide Steine wurden in anonymer Form dem Gutachter zur Verfügung gestellt. Aus dem Gutachten zitiert er folgende Stellen:

„Die Fußgängerzone der Kaßstraße weist nach meinen Feststellungen und im Vergleich zu sonstigen Belägen von Fußgängerzonen keine auffällige Verschmutzung auf. Selbstverständlich ist bei dieser Bewertung der helle Farbton des Pflasters zu berücksichtigen.“

„Beide Steine sind nach DIN 18 501 gefertigt. Die DIN EN 13 38 ist ab August 2005 verbindlich. Form, Farbe und Oberfläche sind gleichwertig. Die Griffigkeit ist bei beiden Steinen subjektiv gleich und ausreichend. Durch Bewässerung der Steine wurde die Wasseraufnahme verglichen. Beide Steine weisen nach der Bewässerung lediglich oberflächlich Feuchtigkeit auf und trocknen gleichmäßig ab. Dies ist ein aussagekräftiges Indiz für die geschlossene Oberfläche beider Produkte.“

„Die zum selben Zeitpunkt und in gleicher Menge aufgetragenen Verschmutzungen mit Bratfett, Remoulade, Ketchup ließ sich bei beiden Steinen beider Hersteller mit dem selben Aufwand entfernen. Die Pflastersteine des Herstellers 1 und 2 sind sowohl nach den Anforderungen der DIN-Norm als auch in ihrem Gebrauchsverhalten hinsichtlich ihrer Oberflächenverschmutzungen und Reinigungsmöglichkeit gleich zu bewerten.“

Das Gutachten liegt bei der Verwaltung vor und kann eingesehen werden.

Mitglied Sickelmann muss leider feststellen, dass entgegen der gemachten Zusage der Untersuchungsparameterkatalog nicht vorlag. Sie bittet um eine Ausfertigung des Gutachtens für ihre Fraktion und fragt an, warum der Untersuchungsparameterkatalog nicht vorgelegt wurde.

Die Verwaltung sagt zu, dass jeder Fraktion eine Ausfertigung des Gutachtens zugeleitet wird.

Auf Anfrage von Mitglied Reintjes antwortet Herr Kemkes, dass sich die Kosten für das Gutachten auf 1.169,00 € belaufen.

Anfragen

1. Hinweistafeln für Sehenswürdigkeiten;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass lt. NRZ-Artikel vom 04.01.2006 im Zuge der Neugestaltung Rheinpromenade Überlegungen hinsichtlich des Aufstellens von Hinweistafeln für diverse Sehenswürdigkeiten angestellt werden. Von einigen Emmericher Bürgern wurden der Stadt Fotos von gut aussehenden Hinweistafeln zur Verfügung gestellt. Sicherlich gibt es rechtliche Unterschiede zwischen Hinweis auf Sehenswürdigkeiten oder auf Bahnhof/Krankenhaus etc.. Er fragt an, ob die Entscheidung, welche Hinweisschilder aufgestellt werden sollen, im ASE vorgestellt wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass dies natürlich passieren wird, evtl. wird die Vorstellung in der Arbeitsgruppe vorgestellt werden.

2. Baustelle Wassertor, Parkring;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer führt an, dass seit dem 2. Januar das Wassertor gesperrt und inzwischen aufgerissen ist. Im Laufe des Jahres 2005 war der Parkring aufgerissen, da die gesamte Pflasterung entfernt wurde, um Ver- und Entsorgungsleitungen zu verlegen. Danach wurde es ordnungsgemäß gepflastert. Nunmehr ist dieser Bereich wieder aufgerissen.

Herr Kemkes erklärt, dass alle Arbeiten nach Plan abgelaufen sind. In den ursprünglichen Planungen, die Grundlage für die Entwurfsbearbeitung war, lag das Ausbauende vor der Einmündung Wassertor in Höhe des Eingangs des Zollgebäudes. Zu dem Zeitpunkt, als die Hochwasserschutzmaßnahmen in Auftrag gegeben waren und die Druckrohrleitung verlegt wurde, war Gegenstand der Beauftragung die Fläche so wiederherzustellen, wie sie vorgefunden war. Als die Maßnahmen vor dem Abschluss standen und die Oberfläche bereits befestigt war hat es in der politischen Beratung eine Überlegung dahin gehend gegeben, die Entwurfsbearbeitung so weit zu ändern, dass auch die Einmündung des Wassertors mit einer neuen Pflasterung versehen wird (Ratsbeschluss 20.07.2004). Dadurch wird letztendlich der Anschluss zur Promenade hin und die Einbindung des Zollgebäudes insgesamt neu gestaltet. Dies führte dazu, dass in der Ausschreibung die Einmündung des Wassertors mitaufgenommen wurde. Die damalige Firma hat die Oberfläche auftragsgemäß wiederhergestellt, allerdings in einem Zustand, der nicht den Vorstellungen entsprach. Es gab Absackungen in dem Bereich, welche im Abnahmeprotokoll vom August 2004 festgehalten sind.

Da zum damaligen Zeitpunkt die Entwurfsänderung bereits Beschlusslage war hat man sich mit der Firma über Rückerstattung bzw. Preisnachlässe geeinigt. Nach dem erneuten Aufriss durch die andere Firma in dem Bereich hat sich gezeigt, dass die Verdichtung unzureichend ist und dadurch Mängel im Untergrund sichtbar waren.

Der dadurch erforderliche Mehraufwand wird von der Vorgängerfirma zu erstatten sein.

Mitglied Beckschaefer macht deutlich, dass diese Planungen schon im Voraus besser hätten koordiniert werden können. Er hat kein Verständnis dafür, dass urch eine solche Vorgehensweise unnötige Mehrkosten entstehen.

Herr Kemkes erwidert, dass die Entscheidung, eine neue Wasserleitung an der Rheinpromenade zu verlegen, erst im Jahre 2004 getroffen wurde. Auch die Wasserversorgung der Steiger und der beiden Plattformen ist erst nach Wiederherstellung der Fläche „Wassertor“ verlegt worden.

3. Absperrung „Kulinarische Meile“;
hier:Anfrage von Mitglied Tapaß

Mitglied Tapaß fragt zum wiederholten Male nach, wie die Absperrung der „Kulinarischen Meile“ aussehen soll.

Herr Kemkes führt aus, dass im Bereich der Einmündung vom Wassertor kommend ein 4 m breiter sog. Deichverteidigungsweg verläuft. Die Deichschau möchtesichergestellt haben, dass in diesem Bereich keine baulichen Vorkehrungen eingebaut werden. Verwaltungsseitig wird es an dieser Stelle auch nicht für erforderlich angesehen, einen versenkbaren Poller aufzustellen. Sinnvoll wäre er evtl. im Bereich des Einfahrtsbereiches von der Fährstraße aus kommend in den Wohnbereich. Zukünftig wird in dem Bereich nur noch Anwohnerparken stattfinden. Hier wäre zu überlegen, ob Poller überhaupt sinnvoll sind und wenn ja, wie viele Poller und welche Systeme man verwendet. Eine abschließende Prüfung wird noch erfolgen.

4. Verkehrsschild „Bitte Motor abstellen“ am Bahnübergang Löwentor;
hier: Anfrage von Mitglied Tapaß

Mitglied Tapaß regt an, dass das Verkehrsschild „Bitte Motor abstellen“ dem Bahnübergang Löwentor wieder aufgestellt werden sollte.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs sagt zu, dass das Schild wieder aufgestellt wird.

5. Unterführung Löwentor;
hier: Anfrage von Mitglied Tapaß

Mitglied Tapaß teilt mit, dass der hintere Teil der Unterführung Löwentor seitens der Jungen Union sehr gut überarbeitet wurde. Er fragt an, wann der vordere Teil gemacht würde.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass dieser Teil auf jeden Fall auch gemacht werden soll; dafür muss aber die entsprechende Witterung vorhanden sein. Lt. Herrn Schaffeld vom Baubetriebshof muss beigeputzt und gestrichen werden. Freiwillige können sich gerne bei Herrn Schaffeld melden.

6. Verwaltungsvorlage „Plakatierung“;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies teilt mit, dass im SOS-Arbeitskreis angeregt wurde, zum Thema „Plakatierung“ eine Verwaltungsvorlage für die heutige Sitzung vorzulegen. Er würde es begrüßen, wenn die Bushaltestellen in dieser Vorlage Berücksichtigung finden würden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass sowohl die Fragestellung „Plakatordnung“ als auch „Sondernutzung gem. Straßen- und Wegerecht“ verwaltungsintern derzeit bearbeitet wird. Geplant ist, dass beide Satzungen noch im 1. Quartal dieses Jahres im Vorfeld der informellen Arbeitsgruppe vorgestellt werden sollen, um sie dann in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Haupt- und Finanzausschuss und Rat geben zu können. Ergänzend führt er aus, dass an einem Fahnenmast vor dem Rathaus eine Möglichkeit für Plakatanbringung dargestellt ist.

7. Gestaltung der Außenterrassen der Gastronomie;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Mitglied Sickelmann teilt mit, dass die Gestaltung planerisch mit den Gastronomen dahingehend abgesprochen werden sollte, dass eine vernünftige Funktionalität bei der Bewirtschaftung der Terrassen erreicht wird. Sie fragt an, ob alle Unzufriedenheiten und Konflikte mit den Gastronomen und den Planern zufriedenstellend gelöst wurden.

8. Bestuhlung Rheinpromenade;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Mitglied Sickelmann teilt mit, dass seitens ihrer Fraktion eine anspruchsvollere Bestuhlung der Rheinpromenade vorgeschlagen und ein entsprechender Haushaltsansatz gefordert wurde, dem man allerdings nicht stattgegeben hat. Nunmehr ist ihr zu Ohren gekommen, dass angeblich den Gastronombetrieben auferlegt wurde, Sonnenschirme im Wert von ca. 3.000,00 € pro Stück anzuschaffen. Auch hier wünscht sie sich einen Sachstandsbericht, inwieweit darauf hingewirkt wird, eine anspruchsvollere und bezahlbare Bestuhlung zu bekommen.

Auf diese beiden Anfragen teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass eine entsprechende Satzung hinsichtlich der Nutzung dem Ausschuss vorgelegt wird. Inhalt dieser Satzung, sprich Anlage wird es sein, was auf der Rheinpromenade stehen soll, wie teuer Sonnenschirme/Stühle sein sollen. Die an Frau Sickelmann herangetragenen Beträge sind der Verwaltung nicht bekannt.

Herr Kemkes führt ergänzend aus, dass in der Vergangenheit bereits mehrere Zusammenkünfte mit den Gastronomen stattgefunden haben, wo grundlegende Dinge angesprochen wurden. Verwaltungsseitig soll jedoch vermieden werden, dass man eine Satzung erstellt, die den Gastronomen eine bestimmte Art und Weise vorschreibt. Vielmehr soll im Vorfeld mit den einzelnen Gastronomen persönlich ein Gespräch geführt werden, wo die eigenen Gedankengänge hinsichtlich Gestaltung präsentiert aber auch die Vorstellungen der Gastronomen vorgestellt werden, um einen Konsens zu erlangen. Es sollte sicherlich nicht der klassische OBI-Plastikstuhl für 9,95 € sein.

Diese Satzung sollte festlegen, was man nicht auf der Promenade haben möchte. Für den einzelnen Gastronom müsste genügend Freiraum hinsichtlich der Gestaltung bleiben. Das Ergebnis wird in der „Rosa Sitzung“ und im Ausschuss für Stadtentwicklung vorgestellt werden.

Mitglied Beckschaefer weist darauf hin, dass am 1. April 2006 die Eröffnung der Gastronome sein soll. Zeitlich ist die Realisierung in den verbleibenden 2 ½ Monaten unmöglich. Hierauf erwidert Herr Kemkes, wenn ein Konsens zwischen den Gastronomen erzielt wurde, dieser in der Rosa-Sitzung diskutiert wird. Sollte sich dann eine einheitliche Richtung ergeben, könnten die Gastronome ihre Bestellung bezüglich der Bestuhlung vor der eigentlichen Satzung in Auftrag geben.

9. ICE-Kiosk auf der Rheinpromenade;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer fragt an, wann das Verfahren „Bebauungsplanänderung“ für den ICE-Kiosk eingeleitet wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass der Aufstellungsbeschluss und auch der Beschluss zur Bürgerbeteiligung bereits gefasst ist. Herr Kemkes ergänzt, dass die Bürgerbeteiligung am 19.01.2006 um 18.00 Uhr stattfindet.

10. Baustelle Kreuzung B 220/Nollenburger Weg;
hier: Anfrage von Mitglied Gorgs

Mitglied Gorgs teilt mit, dass die Baustelle derzeit ruht. Trotz aufgestellter Umleitungsschilder ist vermehrt festzustellen, dass der Verkehr dort durchfließt.

Mitglied Tepas teilt mit, dass lt. Aussage von Herrn Baumgärtner das Landesstraßenbauamt aufgrund der Witterungsverhältnisse die Arbeiten zur Zeit nicht fortführt. Mitglied ten Brink ergänzt dahin gehend, dass für die Verarbeitung von Bitumen eine bestimmte Außentemperatur (mind 5-6 Grad) vorhanden sein muss.

9 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden seitens des anwesenden Bürger keine Anfragen gestellt

Vorsitzender Lang schließt die öffentliche Sitzung um 18.00 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin